

44. Tagung des UFE-Komitees in Budapest

UFE fordert: Lücken in EU-Zinsri – Auf Steueramnestie zukünftig



> Der Präsident des Amtes für Steuer- und Finanzkontrolle, Steuerrichter Dr. Sikora, bei seinem Referat.

zwei Jahren in Brüssel beigetretene ungarische unabhängige Gewerkschaft der Zoll- und Finanzwache. Die Sitzung leitete der DSTG-Vorsitzende Dieter Ondracek in seiner Eigenschaft als UFE-Präsident. In der UFE sind 40 Mitgliedsgewerkschaften aus 20 europäischen Staaten mit 400 000 Einzelmitgliedern organisiert.

> Umsatzsteuerbetrug auf europäischer Ebene bekämpfen

In Sitzungen des Steuer- und Zollausschusses wurden konkrete Beschlussvorschläge für die Komiteesitzung vorbereitet. In den dort erarbeiteten Resolutionen wurden zentrale und aktuelle politische Themen aufgegriffen, vom Umsatzsteuerbetrug bis zur Kontenaffäre in Liechtenstein.

Zur Sitzung des Steuerausschusses der UFE konnte neben dem Präsidenten des ungarischen Amtes für Steuer

und Finanzkontrolle, Dr. Sikora, auch der Direktor für direkte Steuern und Steuerverwaltung der EU-Generaldirektion Steuern und Zollunion, Alexander Wiedow, begrüßt werden. Schwerpunkte der Beratungen im Steuerausschuss waren u. a. die Verbesserung der Wirksamkeit der EU-Zinsrichtlinie, effektivere Maßnahmen im Kampf gegen Steuerbetrug und -kriminalität, Probleme mit ermäßigten Mehrwertsteuersätzen sowie die schädliche Auswirkung von Steueramnestien in den einzelnen europäischen Staaten.

müsse erheblich nachgebessert werden, um noch vorhandene Besteuerungslücken zu schließen. So sind zurzeit beispielsweise die Kapitalerträge aus Aktien, Zertifikaten, Immobilienfonds, Stiftungen, Versicherungen und Terminmarktgeschäften nicht erfasst. Die Richtlinie erfasst bisher nur Konten von natürlichen Personen, wodurch sich auch die Liechtensteiner Stiftungen als attraktives Modell für Steueründer empfohlen. Liechtenstein ist zwar nicht EU-Mitgliedsstaat, jedoch gilt auch dort die Zinsrichtlinie aufgrund vertraglicher Verpflichtungen des Landes.

Um die Abstimmung zwischen den Steuerverwaltungen auf europäischer Ebene zu intensivieren und gemeinsame Forderungen für die europäische Rechtsetzung einzuspeisen, tagte vom 23. bis 24. September das UFE-Komitee als höchstes Beschlussorgan der „Union des Finanzpersonals in Europa“ in Budapest. Gastgeber war die erst vor



> UFE-Präsident Dieter Ondracek begrüßt den ungarischen Finanzminister János Veres zur UFE-Komiteetagung in Budapest.



> Blick in das Plenum der UFE-Komiteetagung im ungarischen Parlament.

> Forderungskatalog an EU-Kommission

Über die Erfahrungen mit der Zinsrichtlinie urteilten EU-Direktor Wiedow und das Plenum des UFE-Steuerausschusses übereinstimmend die bisher gültige Fassung

Die UFE fordert daher, dass sich die EU-Kommission stärker als bisher mit der Prüfung systemwidriger Lücken befasst. Dazu gehört zwingend, dass auch Gewinne aus kumulierten Fonds, Hedgefonds, Derivaten sowie Ak-

richtlinie schließen verzichten

tiengeschäften in den Geltungsbereich der Zinsrichtlinie aufgenommen werden.

Steuerbetrug im EU-Raum effektiver bekämpfen

Die Mitglieder des Steuer-ausschusses debattierten Vorgehensweisen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, der im europäischen Raum ein geschätztes Steuerausfallvolumen von 60 Milliarden Euro jährlich erreicht.

Von der EU-Kommission wurden als Maßnahmen zur Verbesserung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung



> Der Vorsitzende des UFE-Zollausschusses, Jorn Rise Andersen (DK, Bildmitte), eröffnet die Sitzung des UFE-Zollausschusses, rechts daneben Generalzolldirektor Dr. János Nagy und Panayota Anaboli von der EU-Kommission.



> DSTG-Chef und UFE-Präsident Dieter Ondracek (re.) im Gespräch mit dem EU-Direktor für direkte Steuern und Steuerverwaltung der Generaldirektion Steuern- und Zollunion Alexander Wiedow (Mitte) und dem Vorsitzenden des UFE-Steuerausschusses Serge Colin (li.).

die Verkürzung des Erklärungszeitraums für zusammenfassende Meldungen über innergemeinschaftliche Umsätze auf einen Monat sowie die Fristverkürzung für den Austausch von Informationen zwischen den

Steuerverwaltungen ebenfalls auf einen Monat angekündigt.

In diesem Zusammenhang wurden auch die vom Bundesfinanzministerium in Berlin angekündigten nationalen Pläne zur Sicherung

des Umsatzsteuersubstrats vorgestellt, die u. a. eine fünfzig-tägige Zurückbehaltungsfrist für Vorsteuererstattung vorsehen.

Der Direktor der EU-Generaldirektion, Alexander Wiedow, referierte, für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung sei nicht nur wichtig, dass in dem Informationsaustausch bzw. der Amtshilfe zwischen den Staaten Daten schneller zur Verfügung gestellt würden. Es müsse auch sichergestellt werden, dass die Daten zutreffend und belastbar seien. Er äußerte, es sei ein Skandal, dass auch bei offensichtlichen Betrugsverwicklungen von Firmen der Heimatstaat diesen Betroffenen oftmals nicht die Umsatzsteueridentifikationsnummer

entziehe. Der Zugriff auf die Daten von anderen europäischen Staaten müsse ebenfalls verbessert werden, wobei durchaus sensible Daten abgeschottet bleiben könnten. Jedoch müssten zumindest die Grunddaten der Firmen abrufbar sein.

Der Steuerausschuss der UFE verabschiedete konkrete Forderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Kampf von Umsatzsteuerbetrug und -kriminalität in Europa. Vor allem muss mehr Personal bereitgestellt werden, um eine schnellere Bearbeitung von Amtshilfeersuchen zu erreichen. Wichtig ist auch das Amtshilfeverfahren selbst zu vereinfachen und damit zu beschleunigen. Daher fordert die UFE speziell für Amtshilfeersuchen in Fällen von Umsatzsteuerbetrug

in jedem europäischen Mitgliedsstaat eine zentrale Ansprechstelle zu installieren.

Daneben wurden weitere Eckpunkte einer Entschließung erarbeitet, in der die spezifischen Probleme der Steuerverwaltungen in den europäischen Mitgliedsstaaten aufgegriffen werden. Zur Eindämmung der Steuerhinterziehung sollte darüber nachgedacht werden, Namen von Steuerhinterziehern öffentlich zu nennen, wie dies bereits in einigen Ländern praktiziert wird.

Die UFE fordert sämtliche EU-Mitgliedsstaaten auf, zukünftig keine Steueramnestien zu gewähren. Alle früheren Initiativen seien gescheitert und hätten nicht zu den gewünschten Mehreinnahmen geführt.

► **Bekämpfung der Produktpiraterie vorantreiben**

Hauptthemen im Zollbereich waren die Umsetzung des modernisierten Zollkodexes, der als wichtigste Neuerung

die elektronische Anmeldung als Regelfall vorsieht. Daneben analysierten die Mitglieder des Zollausschusses Maßnahmen zur Bekämpfung der Produktpiraterie, die nicht nur dem Unternehmen schaden, sondern auch für den Verbraucher Gesundheitsrisiken bergen können – beispielsweise durch unwirksame Medikamente, unsichere Elektroartikel oder mangelhafte Autoersatzteile.

► **Komiteesitzung im ungarischen Parlament**

An einer Arbeitsstätte besonderer Art wurde die 44. Sitzung des Komitees eröffnet. Der ungarische Parlamentspräsident hatte die UFE eingeladen, am Vormittag des Eröffnungstages im Sitzungssaal des ungarischen Parlaments zu tagen. Eine Ehre, die hoch zu schätzen ist. Im Plenarsaal hielt der ungarische Finanzminister Dr. Verres das Festreferat vor den Delegierten. Verres erläuterte Schwerpunkte der ungarischen Finanzpolitik. Es sei ge-



► UFE-Präsident Dieter Ondracek erläutert die Resolutionen im Rahmen einer Pressekonferenz.

lungen, dass nach dem EU-Beitritt das volle Mehrwertsteueraufkommen zurückgewonnen werden konnte, von dem ein Fünftel aus dem ungarischen Steuerhaushalt verschwunden war. Probleme bereite, dass Ungarn noch außereuropäische Außengrenzen habe.

Bei der Diskussion der Personalentwicklungen in den Ländern der UFE wurde deutlich, dass vielerorts versucht wird, Beschäftigte über unterschiedliche Wege einzusparen. Wenn in Belgien fünf Kollegen ausscheiden, werden nur drei

neue eingestellt. In Ungarn habe man zwar mehr Personal eingestellt, aber auch den Aufgabenbereich um mehr als des Zweieinhalbfache erweitert, was Überstunden und Wochenendleistungen bedeute. Diese Situation sei auch in Schweden ähnlich. In allen Fällen werden die zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten ignoriert. Die irischen Kollegen hingegen berichteten, dass sie von der Bezahlung her mit der Privatwirtschaft konkurrieren könnten und es kaum Fehlbestand gebe. ■



► Das UFE-Komitee vor dem Parlament in Budapest.